

V-5

Titel	Ein Tarif für ganz Bayern
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, SPD Landesparteitag
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Ein Tarif für ganz Bayern

1 Für uns ist klar, dass die Haupthürde einer verstärkten ÖPNV-Nutzung in Bayern ein
2 unzureichendes Angebot insbesondere im ländlichen Raum ist. Dieses muss
3 ausgebaut und deutlich verbessert werden. Einen Beitrag dazu kann eine Reform der
4 Tarif- und Verkehrsverbünde in Bayern leisten, denn um die Struktur der Tarif- und
5 Verkehrsverbünde in Bayern ist es schlecht bestellt. In keinem anderen Bundesland
6 gibt es so viele Landkreise und kreisfreie Städte, die keinem Verbund angehören.
7 Während in Bayern 12 Landkreise und kreisfreie Städte keinem oder nur teilweise
8 (Dillingen, Bad Tölz-Wolfratshausen) einem Verbund angehören, sind es im Rest der
9 Bundesrepublik gerade einmal sieben Landkreise, die keinem Verbund angehören. In
10 weiteren Landkreisen wird gerade einmal eine Fahrplankoordination betrieben, einen
11 gemeinsamen Tarif gibt es aber nicht (in Oberbayern z. B. Rosenheim, Garmisch-
12 Partenkirchen und Altötting).

13 Neben diesem grundsätzlichen Mangel der fehlenden Integration in einen Tarif- und
14 Verkehrsverbund sind die Zersplitterung sowie die fehlende Integration des
15 Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) als größte Mängel der bestehenden Tarif- und
16 Verkehrsverbünde zu nennen. Kleinere Verbünde wie sie rund um Augsburg,
17 Ingolstadt, Regensburg oder Würzburg bestehen, sind landesweit kaum von
18 Bedeutung. Sie werden dem Anstieg der z. B. von Berufspendler*innen
19 zurückgelegten Distanzen nicht mehr gerecht. Die Nutzung des ÖPNV scheitert daher
20 neben dem unzureichenden Angebot häufig an Verbundgrenzen. Der Erwerb
21 mehrerer Fahrkarten macht die Nutzung des ÖPNV nicht nur zeitaufwendiger,
22 sondern ist oftmals auch teurer als eine vergleichbare Strecke innerhalb eines
23 Tarifverbundes.

24 Wir begrüßen daher die aktuellen Bestrebungen zur Erweiterung der bestehenden
25 Tarif- und Verkehrsverbünde wie sie derzeit z. B. für den MVV vorbereitet werden. Wir
26 halten diese Erweiterungen aber bei Weitem nicht für ausreichend, um attraktive

27 Verbundräume zu schaffen, die wesentlich zur Stärkung des ÖPNV beitragen. **Die**
28 **bestehenden Verbünde sollen daher erweitert werden. Insbesondere mit ei-**
29 **ner** **Fusion**
30 **des MVV, AVV und VGI wollen wir mittelfristig einen bedeutenden**
31 **Verbund im südbayerischen Raum schaffen. Perspektivisch ist das Ziel ein**
32 **landesweiter Verbund wie es ihn z. B. in Berlin und Brandenburg seit über zwei**
33 **Jahrzehnten gibt.**

34 Die Schaffung eines einzigen, bayernweiten Tarif- und Verkehrsverbundes halten wir
35 für eine zentrale Voraussetzung zur Schaffung landesweiter 365€-Tickets und
36 schließlich auch des kostenlosen ÖPNVs in Bayern. Klar ist, dass ein solcher Verbund
37 nicht zentralistisch, sondern dezentralisiert und mit zahlreichen Querverbindungen
38 aufgebaut werden muss. Solche Querverbindungen fordern wir insbesondere für
39 mittelgroße Städte wie Rosenheim oder Hof, die auch als regionale Knotenpunkte
40 dienen sollen. Um diese Knotenpunkte herum soll es auch ausreichend
41 Nachtverbindungen geben, um den Nahverkehr für junge Menschen attraktiv zu
42 machen. Der Aufbau eines verständlichen und einfachen Tarifsystems stellt bei einem
43 so großen, dezentralisierten Verbund eine besondere Herausforderung dar. Hier sind
44 auch die Chancen der Digitalisierung zu Nutzen und Beratungsangebote via
45 Videoschaltel, nutzer*innenfreundliche Fahrkartenautomaten sowie App-Angebote so
46 auszulegen, dass automatisch der günstigste Tarif gewählt wird.

47 **Uns ist es wichtig, dass die Organisation des ÖPNVs und insbesondere der**
48 **Tarife durch die öffentliche Hand wahrgenommen wird. Wir bevorzugen daher**
49 **Verbünde, die als Aufgabenträger*innenverbund von Freistaat und Kommunen**
50 **(Landkreise und kreisfreie Städte) getragen werden. Unternehmensverbünde**
51 **oder Mischverbünde von Aufgabenträger*innen und Unternehmen, in denen**
52 **privatwirtschaftlich arbeitende Unternehmen Einfluss auf die Ausgestaltung**
53 **des ÖPNVs und der Tarife haben, lehnen wir ab. Je größer ein Verbund wird,**
54 **desto zahlreicher werden die vertretenen Kommunen und desto komplexer wird**
55 **auch die Abstimmung mit und unter den Kommunen. Wir fordern daher eine**
56 **Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in den Gesellschafter*innenversammlungen**
57 **der Verbünde. Des Weiteren soll sich das Stimmgewicht der Kommunen an der**
58 **vertretenen Bevölkerung orientieren.**

59 Um den Nutzen eines großflächigen Tarifverbundes auch auf angrenzende
60 Bundesländer sowie Nachbarstaaten zu erweitern, sind entsprechend großzügige
61 Übergangsbereiche in benachbarte Verbünde zu schaffen. Die Größe des Verbundes
62 und großzügige Übergangsbereiche sollen insbesondere Pendler*innen im gesamten
63 Verbundraum massiv entlasten.